



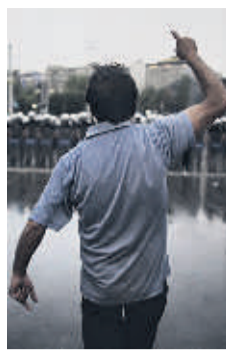
neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 6. Juni 2013

68. Jahrgang/Nr. 129 • Berlin Ausgabe 1,60 €

Nach Gesprächen mit der Regierung halten die Bewegungen an ihren Forderungen fest



STANDPUNKT

Bauernopfer

Von Aert van Riel

Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat viele Fehler in der Drohnenaffäre eingeräumt. Diese sieht der CDU-Politiker aber nicht bei sich selbst, sondern bei engen Mitarbeitern in seinem Haus. Ihm selber geht es offenbar nur noch darum, seine eigene Haut zu retten und im Amt zu bleiben. Deswegen war de Maizière in den letzten Tagen kritischen Fragen über das von seinem Ministerium gestoppte Spionagedrohnenprojekt »Euro Hawk«, das immer teurer wurde, aus dem Weg gegangen. Schriftliche Fragen von Oppositionspolitikern wollte das Verteidigungsministerium nicht fristgemäß beantworten und missachtete damit die Rechte des Parlaments. Gestern Mittag hätte de Maizière eigentlich zur Fragestunde im Bundestag erscheinen müssen, aber die Koalitionsfraktionen verhinderten dies. Sie beantragten stattdessen eine Aktuelle Stunde zu dem Thema. Die Debatte über das Drohnenprojekt wird nun auch im Bundestag fortgesetzt.

De Maizière hält sich offen, in den nächsten Tagen personelle Konsequenzen zu ziehen. Möglich ist eine Entlassung der Staatssekretäre Stéphane Beemelmans und Rüdiger Wolf, weil sie ihren Chef zu spät informiert haben sollen. Sie könnten zu Bauernopfern werden für einen Minister, der auch weiterhin große Summen für Projekte verschleudern will, welche die Kriegseinsätze der Bundeswehr erleichtern sollen. Nicht einmal die hohen Kosten bei »Euro Hawk« halten die Bundesregierung von ihren Plänen ab, weitere Drohnen zu beschaffen, die auch bewaffnet werden können. Völkerrechtliche Bedenken hat sie ohnehin nicht.



Foto: epd/Carola Fritzsche

Ostdeutschland unter

Zehntausende wegen Hochwasser evakuiert

Die Flutkatastrophe zieht mit den Rekordpegelständen der Flüsse vom Süden nach Norden durch Deutschland. Während in Bayern trotz anhaltender Überschwemmungen mit dem Aufräumen begonnen wurde, bereiten sich die gefährdeten Regionen in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt auf die Flut vor.

Berlin (nd/Agenturen). Die durch Ostdeutschland rollende Hochwasserwelle traf die Menschen am Mittwoch mit voller Wucht. Die steigenden Wassermassen der Elbe und ihrer Nebenflüsse überfluteten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg Städte und drohten Dämme einzudrücken. Besonders kritisch war die Situation in Halle, wo etwa 30 000 Menschen empfohlen wurde, ihre Häuser vorsorglich zu verlassen.

Angesichts weiterer massiver Zuflüsse aus Tschechien erwartete die sächsische Regierung den Höhepunkt der Elbe flut in Dresden erst am heutigen Donnerstag. Hier wurden rund 1000 Menschen aus gefährdeten Bereichen in Sicherheit gebracht. Die Saale erreichte mit mehr als acht Metern den höchsten Wasserstand seit 400 Jahren, normalerweise sind es nur knapp zwei Meter. In Magdeburg wurden fieberhaft Deiche verstärkt.

Auch in Niedersachsen trafen Landkreise an der Elbe Vorbereitungen, vielerorts wurden Evakuierungen geplant. Mit dem Saale-Holzland-Kreis wurde dagegen in der letzten betroffenen Region in Thüringen der Katastrophenschutz aufgehoben. In Deggendorf und Straubing in Bayern blieb die Lage weiter ernst. Am Mittwochmittag erreichte die Hochwasserwelle der Do-

nau in Deggendorf ihren Scheitelpunkt. Tausende Menschen hatten in der Region Straubing und Deggendorf ihre Wohnungen bereits verlassen müssen, etliche Dörfer sind komplett überflutet.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) räumte Mängel beim Hochwasserschutz ein. Die Situation sei »regional sehr unterschiedlich«, sagte Friedrich am Mittwoch in Berlin. In manchen Orten sei der Hochwasserschutz konsequent umgesetzt worden. Andersorts sei er »im Planfeststellungsverfahren steckengeblieben«, oder das gesamte Konzept sei nicht umgesetzt worden. Die Bundesregierung will neben der allgemeinen Soforthilfe von 100 Millionen Euro für Unternehmen in den Hochwasser-Regionen ein 10-Punkte-Programm auflegen. Das am Mittwoch von Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) in Berlin vorgelegte Paket sieht unter anderem vor, dass die staatliche Förderbank KfW Kreditprogramme für Unternehmen, Privathaushalte sowie Kommunen im Volumen von weiteren 100 Millionen Euro öffnet.

Angesichts der historischen Höchststände beim Hochwasser in Ostdeutschland sieht die Umweltschutzorganisation World Wide Fund For Nature (WWF) einen Teil der Schuld bei den Kommunen. Auf kommunaler Ebene herrsche beim Hochwasserschutz vielerorts noch egoistische Kleinstaaterei. Sanierete und erhöhte Deiche könnten im Einzelfall vernünftig sein, doch oftmals werde das Problem nur immer weiter in die Nachbargemeinden flussabwärts verlagert. Seite 20

Unten links

Die uns bekannte Welt gibt es ein zweites Mal in bunt und mit Noppen, in Form von Legosteinen. Alles findet sich dort, große und kleine, wichtige und unwichtige Menschen, Bauernhöfe mit Tieren, Supermärkte, Autos und Waschanlagen. Natürlich auch Waffen, und die Drohnen kosten nicht die Welt, gemessen jedenfalls an den Modellen von Thomas de Maizière. Nun aber scheint Lego der realen Welt gefährlich nahe zu kommen. Die Mienen der Spielfiguren verfinsterten sich in den letzten Jahren zusehends, freundliche Gesichter wichen grimmigen, wie eine Studie nachweist. Damit ist die Krise offenbar in Legoland angekommen, und wenn sie sprechen könnten, würden die Figuren vermutlich Parolen gegen die Austerität rufen. Ob dies Angela Merkel beunruhigt? Der dänische Legohersteller wiegelt ab: Die Form der Mundwinkel werde missinterpretiert. Gute Charaktere erlitten beim Kampf halt mehr Leid, böse hätten ihre Freude dran. Jetzt nur nicht lächeln, Frau Merkel!

uka

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



De Maizière schiebt Beamte vor

Verteidigungsminister erwägt personelle Konsequenzen in der Drohnenaffäre

Von Aert van Riel

Aus seiner Sicht hat Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) in der Affäre um die Drohne »Euro Hawk« alles richtig gemacht. Oppositionspolitiker forderten hingegen seinen Rücktritt.

Nach langem Schweigen hat Verteidigungsminister Thomas de Maizière nun einen 67 Seiten langen Bericht zu dem Spionagedrohnenprojekt »Euro Hawk« vorgelegt. Das Ministerium hatte das Beschaffungsprogramm für das unbemannte Flugobjekt vor drei Wochen wegen massiver Probleme bei der Zulassung für den europäischen Luftraum und einer drohenden Kostenexplosion gestoppt. Laut Verteidigungsministerium sind für den »Euro Hawk« Kosten von 662 Millionen Euro entstanden, von denen rund 100 Millionen Euro noch gezahlt werden müssen. Davon betreffen allerdings nach Angaben von de Maizière 360 Millionen Euro das Spionagesystem ISIS, das weiter nutzbar sei.

De Maizière verteidigte die vor seiner Amtszeit getroffene

Entscheidung, die Drohne anzuschaffen, und die Entscheidung für den Abbruch des Projekts sowie den dafür gewählten Zeitpunkt. Denn nun könne immerhin das ISIS-System weiter getestet werden. »Größerer Schaden ist somit verhindert worden«, so de Maizière.

Insgesamt sieht sich der Minister bei den Vorgängen in seinem Haus allerdings »unzureichend« eingebunden. Die Entscheidung zum Abbruch des Projektes trafen seine beamteten Staatssekretäre Rüdiger Wolf und Stéphane Beemelmans. Ihr Chef wurde erst einige Tage später am 13. Mai darüber informiert. »Das ist nicht in Ordnung«, sagte de Maizière.

Erstmals informiert wurde der Minister über Probleme bei der Zulassung im März 2012. Allerdings soll ihm damals zugesichert worden sein, dass diese Probleme lösbar seien. »Ich behalte mir personelle Konsequenzen vor«, erklärte de Maizière. Möglich ist eine Ent-

lassung der beiden Staatssekretäre. Seinen eigenen Rücktritt lehnt der CDU-Politiker weiter ab. Er will künftig über Rüstungsprojekte genauer informiert werden.

Politiker der LINKEN, die den Einsatz von Drohnen ablehnen, fordern schon seit langem, dass der Minister Konsequenzen aus der Affäre ziehen und zurücktreten soll. »Großdrohnen sind zu teuer, moralisch mehr als fraglich und stellen eine Gefährdung für die zivile Luftfahrt dar«, sagte die LINKE-Parlamentarierin Inge Höger. Ihr Fraktionskollege Paul Schäfer monierte, dass »der Minister die Entscheidung, das Projekt bis Mai weiterlaufen zu lassen, offen damit rechtfertigt, dass andernfalls die Rüstungsfirma EADS das Abhör- und Spionagesystem ISIS nicht hätte zu Ende entwickeln können«. Offensichtlich sei dem Minister das Wohlwollen der Rüstungslobby wichtiger als die Luftsi-

cherheit für die zivile Luftfahrt.

»De Maizière muss die politische Verantwortung übernehmen und zurücktreten.«
Carsten Schneider, SPD

KURZ

Syrien im Fokus

Genf (dpa). Regierungsvertreter der USA und Russlands haben am Mittwoch in Genf Beratungen zur Vorbereitung der geplanten Syrien-Friedenskonferenz aufgenommen. Zu den Streitfragen des Genfer Treffens gehört eine Teilnahme Irans. Moskau ist dafür, Washington bislang dagegen. Seiten 4 und 8

Georgien NATO-Kandidat

Brüssel (dpa). NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat Georgien auf seinem Weg zur Mitgliedschaft im Militärbündnis bestärkt. »Georgien wird Mitglied der NATO, sofern es die Beitrittskriterien erfüllt«, sagte er am Mittwoch in Brüssel.

Prozess gegen Femen

Tunis (AFP). In Tunesien müssen sich seit Mittwoch eine deutsche und zwei französische Femen-Aktivistinnen vor Gericht verantworten, die mit einer barbusigen Protestaktion in Tunis internationales Aufsehen erregt haben. Seite 7

Grenzschrüter in Libyen

Berlin (AFP). Die Bundesrepublik wird sich mit bis zu 20 Polizeibeamten am Schutz der libyschen Grenzen beteiligen. Das Bundeskabinett beschloss am Mittwoch, entsprechendes Personal aus den Polizeibehörden von Bund und Ländern noch in diesem Monat für eine EU-Expertenmission in Libyen bereitzustellen.